

**Rede von Dr. Ulrich Kerney, Ratsherr der WIN-Fraktion  
am Abend des 18. März 2021 in der öffentlichen Ratssitzung (Stadthalle Friedeburg)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Herr Vorsitzender,  
verehrte Anwesende,

es ist bereits Vieles zum Thema und möglichen Verantwortlichkeiten gesagt worden, manches davon sehr emotional. Ich bin mehr sachlich orientiert und möchte daher gern Argumente und Schlussfolgerungen zusammenfassen, die für mich und meine Beurteilung der Angelegenheit von Bedeutung sind.

- Die Stadt Nordenham nimmt Gelder ein z. B. aus Kanalnutzungsgebühren oder gewährten Krediten, die nicht sofort verausgabt werden können. Das können höhere Summen sein wie hier z. B. 13,5 Mio €.

- Dieses Geld muss auf ein Bankkonto, damit es sicher verwahrt ist – ich betone: sicher! Das kann ein Konto bei einer öffentlichen Sparkasse oder Bank oder einer Privatbank sein.

- Der Kämmerer hat sich für eine Privatbank entschieden, um Strafzinsen zu vermeiden und sogar Zinsen einzufahren.

- 2017 wurde die Einlagensicherung für institutionelle Anlagen bei Privatbanken abgeschafft. Es besteht seitdem keine sichere Voraussage mehr, was eventuell mit dem Geld passiert. Bei einer Einlagenabsicherung weiß man das: Es passiert nichts mit dem Geld! Es ist sicher.

- Im Mai 2018 wurde zum ersten Mal Geld an die Privatbank Greensill Geld überwiesen. Es folgten diverse Kurzzeitanlagen, die zuletzt in noch vier offenen Positionen mündeten von 13,5 Mio € (Laufzeit bis 22. März, Mai und Juli 2021). Die letzte Einlage erfolgte mit 10 Mio € am 24.2.2021.

- Anfang März dieses Jahres kam es zum Crash der Greensill Bank. Das Unternehmen mit deutschem Sitz in Bremen ist mittlerweile insolvent und hat keine Substanz, um die 3,5 Milliarden Euro Deckungslücke aufzufüllen. Da aus der Insolvenzmasse zunächst die Privatanleger bedient werden, dürfte die Stadt Nordenham wohl leer ausgehen.

**Das Geld des Steuerzahlers – mein Geld - ist futsch!**

- Es kann unterstellt werden, dass für die Bewegung von Millionen Euro-Beträgen Spezialisten bei der Stadt am Werk sein müssen – Spezialisten, die einschätzen können, wie hoch ein Risiko bei einer

spekulativ tätigen Bank ist – denn nur die kann derzeit Positivzinsen anbieten. Zur Risikoeinschätzung muss man sich Informationen holen. Dazu reicht es nicht aus, sich von Finanzmaklern beraten zu lassen und auf den Zeigefinger der BaFin zu warten. Da muss man schon einmal ins Internet schauen und die Fachseiten aufrufen, um Informationen zu sammeln. Hätte man das getan, wäre aufgefallen, dass Greensill schon seit längerer Zeit – und ich rede von mehr als 12 Monaten – schlechte Presse hatte.

- Hat man die Informationen gehabt und trotzdem gepokert, so ist das fahrlässig. Der Steuerzahlerbund empfiehlt stets „Sicherheit vor Rendite“. Ist Mündelsicherheit in der Kommunalverwaltung nicht ein Muss?

- Wäre man sich als Finanzmann unsicher gewesen, hätte man das Fachgremium Finanzausschuss oder den Rat für eine Meinungsbildung hinzugezogen, auch um sich die Einlage bei Greensill absegnen zu lassen. Die Festgeldhöhe war bekannt, der Name und der private Charakter der Bank nicht.

- Man hätte zumindest den Bürgermeister als obersten Verantwortlichen über das Risiko informiert und in die Entscheidung einbezogen. Dem soll aber nicht so sein.

- Aus der Bankenkrise von Greensill ist eine Finanzkrise der Stadt Nordenham geworden. Wir alle haben die Kosten dafür zu tragen.

Für mich sind ganz klar Managementfehler zu erkennen, die zu dieser Situation geführt haben.

Liegen sie in der Organisation in der Verwaltung, an Kompetenzüberschreitung oder Kompetenzmangel? Vielleicht auch an mangelnder Informationsbereitschaft oder fehlendem Informationsfluss?

Ich hätte mir gewünscht, dass sich die Verantwortlichen für die Entscheidung – Bürgermeister und Kämmerer bzw. Dezernatsleiter – frühzeitig, d. h. sofort nach Bekanntwerden des Skandals öffentlich zu Ihrer Verantwortung bekannt hätten, unabhängig davon, wie die Sache ausgeht. Das wäre ein Zeichen für die Bürger Nordenhams gewesen, und es wäre ein Zeichen für die Mitarbeiter der Verwaltung gewesen, die jetzt – wie man lesen konnte – stark verunsichert sind.

Zudem sind Zweifel an der Kompetenz und der Integrität des Rates und seiner Gremien in der Öffentlichkeit erzeugt worden. Das darf nicht sein.

Vertrauensverlust in der Einwohnerschaft ist nicht tragbar.

Wie, Herr Bürgermeister, wollen Sie das Vertrauen je wieder herstellen?